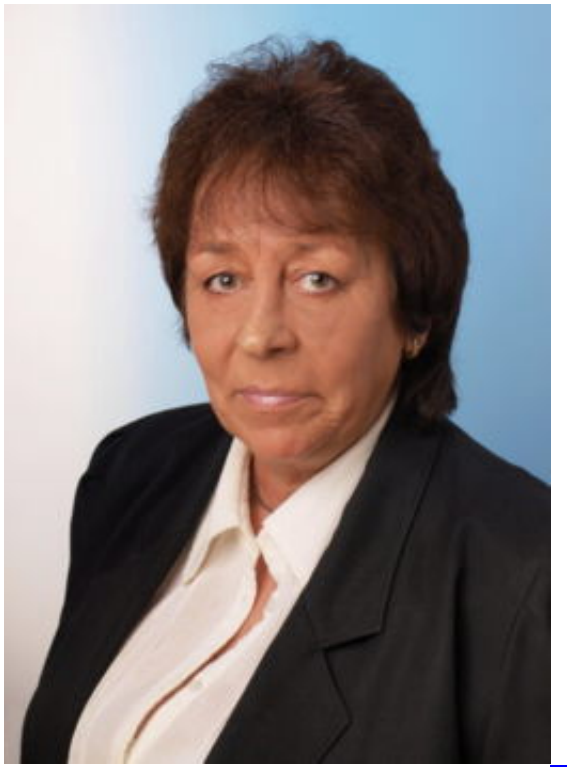
06.06.2011

Schulbus in Bedburg-Hau kostet Eltern bald Geld

SPD kritisiert die neue Regelung



Die Zeiten des kostenlosen Bustransportes von Grund- und Hauptschülern zu den Schulen in Bedburg-Hau sind vorbei. Als Grund wurden in der Ratsvorlage wirtschaftliche Aspekte angeführt. Die SPD Bedburg-Hau kritisiert Kostenbelastungen der Schüler.

Ab dem Schuljahr 2011/12 wird der bisherige unentgeltliche Schulbustransport umgestellt auf einen kostenpflichtigen Sonderlinienverkehr. Zur Nutzung bedarf es Fahrkarten, sogenannter SchokoTickets. Neben der Beförderung zur Schule berechtigt das Ticket als Mehrwert auch zu Bus/Bahn-Fahrten in der Freizeit, am Wochenende oder in den Ferien, auch beispielsweise nach Krefeld oder Nimwegen. Die Gemeinde Bedburg-Hau spart damit rund 30.000 EURO.

Kehrseite der Medaille: Außer den Sozialhilfeempfängern müssen alle Eltern für die Schulbusbeförderung ihrer Kinder bezahlen – unabhängig davon, ob diese den SchokoTicket-Mehrwert überhaupt nutzen oder nicht.

Anspruchsberechtigte Grundschüler (Entfernung Wohnort - Schule mehr als 2 km) müssen monatlich einen Eigenanteil von 6 EURO zahlen, Hauptschüler (Entfernung ab 3,5 km) monatl. 11,60 EURO. Nicht Anspruchsberechtigte können das Ticket erwerben für monatl. 28,70 EURO. Gegen die Stimmen der SPD Bedburg-Hau entschied sich der Rat dafür.

„Wir sehen die Umstellung auf die SchokoTickets in mehreren Punkten kritisch, nicht zuletzt wegen der Kostenbelastungen der Schüler. Insbesondere die Kostenbelastungen der anspruchsberechtigten Grundschüler lehnt die SPD nachdrücklich ab“, erklärt Klara Peeters, SPD-Ratsfrau und Schulausschussmitglied. Die SPD sieht bei den Grundschülern wenig Nutzen des Ticket-Mehrwertes gegeben. Peeters: „Kaum ein Elternteil werde sein Grundschulkind in der Freizeit mal eben so unbeaufsichtigt alleine nach Kleve oder etwa Krefeld fahren lassen. Mit dem Ratsbeschluss wird am falschen Ende gespart.“

Der Vorsitzende der SPD Bedburg-Hau, Wilhelm van Beek, ergänzt: „Dabei hätte die Gemeinde selbst bei Übernahme der Beförderungskosten der anspruchsberechtigten Schüler immer noch 10.000 bis 20.000 EURO jährlich gespart. Das Ansetzen des Rotstiftes ausgerechnet bei Grundschülern ist zudem Bestrebungen der Gemeinde zur Steigerung der Familienfreundlichkeit nicht förderlich. Der Ratsbeschluss ist auch hier ein falsches Signal.“